

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie
= Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 11 (1985)

Heft: 2

Artikel: Wie wird man Gruenwaehler? : Sozialer Wandel und Sozialisation von
Parteipräferenzen

Autor: Fend, Helmut / Prester, Hans-Georg

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-814956>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WIE WIRD MAN GRUENWAEHLER ?

Sozialer Wandel und Sozialisation von Parteipräferenzen

Helmut Fend & Hans-Georg Prester
Universität Konstanz, Sozialwissenschaftliche Fakultät
Forschungsgruppe Entwicklung im Jugendalter
Postfach 5560, D - 7750 Konstanz 1

1. Die Grünen in der Bundesrepublik Deutschland: Jugend und politischer Wandel

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten Jahren die Parteienlandschaft grundlegend gewandelt. Eine neue Partei, die Grünen, hat sich, beginnend bei den Bremer Bürgerschaftswahlen im Jahre 1979, in mehreren Bundesländern etabliert (Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Bremen, Baden-Württemberg und Berlin) und ist seit März 1983 auch im Deutschen Bundestag vertreten (vgl. zu Wahlergebnissen Müller-Rommel, 1984). Die Ursprünge der Grünen liegen in einer ökologischen Protestbewegung gegen technisch-industrielle Grossprojekte und ihre Auswirkungen (anfänglich vor allem Kernkraftwerke), wobei Bürgerinitiativen eine zentrale Rolle bei der Organisation des Protests spielten (vgl. Guggenberger, 1980; Mayer-Tasch, 1981; Langguth, 1984). Es wäre jedoch falsch, in der grünen Bewegung und in der Partei lediglich den Umweltgedanken zu sehen; denn es zeichnet sich schon früh eine Ausweitung der Themen (Frieden und Abrüstung, Datenschutz, soziale Benachteiligung und weiteres) sowie das Ringen um eine neue politische Wertorientierung und eine neue politische Praxis ab. So verbergen sich hinter der schlagwortartigen Zusammenfassung des grünen Parteiprogramms als ökologisch, sozial, gewaltfrei und basisdemokratisch auch eine Reihe von Konflikten um die konkrete Ausgestaltung dieser Prinzipien (etwa: Rotationsprinzip ja oder nein ? Bündnisbereitschaft mit der SPD oder Fundamentalopposition ? vgl. hierzu Kluge, 1984; Bickerich, 1985).

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland war lange Zeit durch ein Dreiparteiensystem gekennzeichnet, in dem die grossen Parteien SPD und CDU/CSU um die Regierungsbildung konkurrierten und der kleineren FDP die Rolle der Mehr-

heitsbeschaffung zufiel. Durch das Auftreten der Grünen kam in mehrerlei Hinsicht Bewegung in diese Verhältnisse:

- die FDP musste fürchten, in ihrer Rolle durch die Grünen verdrängt zu werden, vor allem nach ihrem Koalitionswechsel auf Bundesebene von der SPD zur CDU (1982), der ihr zunächst starke Wählerverluste bei den folgenden Landtagswahlen einbrachte.
- Für die Sozialdemokraten waren und sind die Grünen eine grosse Herausforderung, da die SPD kritische Jungwähler an die Grünen verloren hat. Die darauf einsetzende Diskussion innerhalb der SPD war von dem Dilemma geprägt, durch Aufnahme grüner Positionen oder Zusammenarbeit mit den Grünen eventuell Wähler an ihrem rechten Flügel zu verlieren oder bei strikter Abgrenzung von grünen Inhalten grosse Teile der Jungwähler nicht gewinnen zu können.

Die beiden letzten Landtagswahlen im Mai 1985 deuten jedoch an, dass die Grünen als Partei wieder an Bedeutung verlieren könnten; denn sowohl im Saarland als auch in Nordrhein-Westfalen errang die SPD die absolute Mehrheit, die Grünen konnten nicht in die Landtage dieser Bundesländer einziehen, und die FDP erlebte eine Renaissance.

Offensichtlich können also die Grünen nicht davon ausgehen, dass sie über eine genügend grosse Stammwählerschaft verfügen.

Vergleicht man die Wählerstruktur der Grünen mit der anderer Parteien, dann wird - wie auch bei der dahinter stehenden Protestbewegung (vgl. z.B. Barnes & Kaase, 1979) - deutlich, dass vor allem junge Bürger als Motor des geschilderten politischen Wandels fungieren. Nach einer EMNID-Repräsentativumfrage in Hessen vor den Landtagswahlen im September 1982 wollten etwa 39 % der 18-21jährigen Grün wählen, aber lediglich etwa 5 % der über 50jährigen (Spiegel, 1982). Parteiprogramm und Wählerstruktur führen zu zwei Fragestellungen, die für eine soziologische Erklärung des Phänomens der Grünen wichtig sind:

- 1) Wie entstand diese soziale Bewegung und wie brachte sie eine Partei hervor ?
- 2) Warum sind gerade junge Bürger Motor dieses politischen Wandels ? Welche Jugendliche sind das ?

2. Das "grüne" Sinnangebot

Während die erste Frage auf die Entstehungsbedingungen der Grünen abhebt, bezieht sich die zweite auf Prozesse der politischen Sozialisation im Jugendalter.

Die Frage nach der Entstehung der Grünen ist primär eine Frage der Entstehung und Entwicklung einer sozialen Bewegung, und damit eine Frage nach den Ursachen gesellschaftlicher Probleme, nach deren Bewusstwerdung, nach den Randbedingungen unter denen sich soziale Netzwerke und Organisationen herausbilden und nach der Entstehung und Verbreitung neuer Sinnstrukturen, die zur Erklärung von als krisenhaft empfundenen gesellschaftlichen Zuständen herangezogen werden und Vorstellungen und Handlungsanweisungen für eine bessere Zukunft enthalten (vgl. zur Theorie sozialer Bewegungen Rammstedt, 1978; Hegner, 1980; Rucht, 1982). Mit solchen Fragen, warum sich bestimmte Themen in politische Prozesse umsetzen und warum bestimmte Personen dabei aktiv werden, wollen wir uns hier *nicht* weiter beschäftigen.

Zur Analyse der zweiten Frage ist zunächst eine Skizze der Morphologie "grünen Denkens" wichtig, weil damit die Beschreibung eines Sinnangebots für die Herausbildung einer eigenen Lebensform und für die Interpretation der "Welt" verbunden ist. Das Kennzeichnende dieses Sinnangebots liegt darin, dass es eine Distanz zu den dominanten kulturellen Strömungen, politischen Strukturen und Ausdrucksformen enthält, eine kritische Distanz, die auf dem Hintergrund alternativer Lebensmöglichkeiten im Sinne sogenannter substantieller Rationalität (im Gegensatz zum Denken innerhalb der immanenten Logik des ökonomischen und politischen Systems) formuliert ist. Die wichtigsten Aspekte dieses Sinnangebots sind:

- Eine *Kriseninterpretation* der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der Zukunft unserer Lebensformen, die nach der Erhaltung unserer Lebensbedingungen für uns selbst und unsere Kinder angesichts zerstörerischer Nebenfolgen der industriellen Produktion, der Erhaltung des Friedens angesichts der Atombedrohung, der Verwirklichung von Gemeinschaftlichkeit und Brüderlichkeit angesichts anonymer und hierarchischer Sozialbeziehungen und nach der Beteiligung jedes Menschen an der Gestaltung seiner eigenen Lebensumstände angesichts hoher Spezialisierung von politischer Entscheidungsmacht fragt. Zur Kriseninterpretation gehört auch die Vorstellung, dass die etablierten politischen Kräfte nicht in

der Lage oder nicht willens seien, die wahrgenommenen Bedrohungen zu bewältigen bzw. überhaupt zu erkennen.

- Ein Angebot an *Vorstellungen über eine bessere Welt*, die gekennzeichnet sind durch ein neues Verhältnis zur Umwelt, das die Knappheit natürlicher Ressourcen betont und nicht auf die Beherrschung von Ökosystemen, sondern auf Leben im Einklang mit ihnen abzielt; durch Umverteilung politischer Entscheidungsmacht, die bei den unmittelbar Betroffenen, der Basis, liegen soll; und durch eine neue Gemeinschaftlichkeit, die die Anonymität institutionalisierter Sozialbeziehungen ersetzen soll (vgl. z.B. Bossel, 1978).
- Ein *Handlungsangebot*, das ansatzweise die abstrakten Vorstellungen zu konkretisieren versucht oder Möglichkeiten eröffnet, wie sie im politischen Prozess erreicht werden könnten. Dazu gehören Versuche, basisdemokratische Prinzipien durch Rotationsprinzip, Verankerung der Parteifunktionäre in der zugrunde liegenden sozialen Bewegung, stärkeren Einfluss der Parteibasis auf ihre Funktionäre und anderes mehr umzusetzen. Dazu gehört auch die Unterstützung und Organisation politischer Interessenvertretung, die ausserparlamentarisch direkt auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen will, d.h. solcher politischer Aktionen, die Barnes & Kaase (1979) als "unkonventionelle politische Partizipation" bezeichnet haben (z.B. Demonstrationen, Arbeit in Bürgerinitiativen usw.). Dazu gehören schliesslich alternative Lebensformen, und zwar sowohl Verhaltensweisen, die jeder im Alltag praktizieren kann, z.B. ein bewusster Konsum, der den Umweltschutzgedanken einbezieht (vgl. z.B. Griesshammer, 1984), als auch Kleidungs- und Nahrungsmittelangebote, die vermutlich die symbolische Funktion haben, Zugehörigkeit zur "grünen Bewegung" demonstrieren zu können. Dazu gehören aber auch Experimente mit neuen Produktionsweisen, wie sie etwa bei Ökobauernhöfen, Handwerkergemeinschaften usw. erprobt werden.

Die Frage, mit der wir uns im folgenden beschäftigen werden, ist die, welche Jugendliche dieses Sinnangebot übernehmen und wie der Prozess der Identifikation damit zu interpretieren ist.

3. Warum steht die Jugend den Grünen in besonderer Weise nahe?

Zum Sachverhalt, dass die Anhängerschaft der Grünen besonders in der jungen Generation mit höherem Bildungsstand aus der

oberen Mittelschicht städtischer Gebiete stark überrepräsentiert ist, besteht heute kein Zweifel mehr. Die vom Jugendwerk der Deutschen Shell in Auftrag gegebene Jugendstudie "Jugend 81" (Shell, 1982) gibt auch einen ersten Eindruck vom Psychogramm jugendlicher Anhänger der Grünen, das wir im folgenden teilweise replizieren werden (siehe auch die Zusammenstellung in Langguth, 1984, 45 ff.). Wir möchten uns jedoch nicht in demographischen Beschreibungen erschöpfen, sondern entwicklungspsychologische Thesen zur politischen Sozialisation diskutieren.

In der Entwicklungspsychologie herrscht weitgehend Uebereinstimmung, dass eine der wesentlichsten Entwicklungsaufgaben in der Jugendphase darin besteht, eine eigene Weltanschauung zu gewinnen (Dreher & Dreher, 1984), d.h. sich sinnhafte Kategorien der Interpretation von Wirklichkeit, Wertstrukturen als Richtschnur für das Anzustrebende und eine Verortung der eigenen Person und des eigenen Handelns im gesellschaftlichen Kontext anzueignen. Eduard Spranger (1963) hatte diese Entwicklung einer Lebensanschauung ebenso als Teil der Jugendphase aufgefasst, wie Havighurst (1972) und Erikson (1966). Während diese Theoretiker sehr stark von immanenten Entfaltungsprozessen der menschlichen Persönlichkeit ausgehen, finden sich auch makrosoziologisch orientierte Ansätze, in denen das jeweilige historische Potential an Sinnangeboten im Vordergrund steht. War in der traditionellen Gesellschaft die Verortung der eigenen Person in umfassendere Sinnstrukturen relativ klar durch die Kirche und die ständische Organisation der Arbeit und des Lebens vorgegeben, so liegt heute die Problematik darin, dass in einer komplexer gewordenen Welt, die einen hohen Bedarf an Sinnorientierungen hat, verschiedenartige Leitbilder miteinander konkurrieren. Nach Autoren, die nach dem dominanten Sinnangebot industrieller Gesellschaften mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung für die Verortung des einzelnen in der Gesellschaft fragen, besteht dieses im Wechselverhältnis der Forderung nach generalisierter Leistungsbereitschaft und politischer Loyalität und der "Entlohnung" mit Konsummöglichkeiten, Status und politischer Stabilität. Von Jugendlichen mit entfaltetem moralischen Anspruch kann dieses Sinnangebot als ungenügend empfunden werden. Die Suche solcher Jugendlichen nach einem "neuen Sinn" könnte dabei sowohl von Protest als auch von passivem Rückzug in Substitute (z.B. Jugendreligionen) begleitet sein (Döbert & Nunner-Winkler, 1975).

In unserer *ersten These* wird postuliert, dass mit der Parteipräferenz für die Grünen eine Ablösung von dominanten Leitbildern und die Uebernahme eines grünen Sinnangebots - wie wir es oben zu charakterisieren versucht haben - einhergeht. Aus dieser Sicht, die die Parteipräferenzen als *eine* Facette der Herausbildung

unterschiedlicher Weltanschauungen versteht, wäre auch verständlich, warum gerade Jugendliche den Grünen besonders nahe stehen: Weil nämlich die Weltanschauung älterer Generationen bereits verfestigter ist, während neue Ideen in der Orientierungsphase, die in der Jugend durchlebt wird, noch eher die Chance einer Uebernahme erhalten.

Eine *zweite These*, der wir im folgenden nachgehen wollen, bezieht sich auf die Frage, welche Jugendliche am ehesten "grüne" Orientierungen übernehmen - dies setzt natürlich die Gültigkeit der ersten These bereits voraus. Die relative Neuheit des "grünen" Sinnangebots, sein hoher moralischer Anspruch und seine Betonung der eigenen politischen Analyse- und Handlungskompetenz sowie des gemeinschaftlichen Handelns, legen die Vermutung nahe, dass vor allem jene Jugendliche sich mit ihm auseinandersetzen und von ihm angesprochen werden, die:

- eine höhere Kompetenz in der geistigen Auseinandersetzung mit ihren persönlichen und den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen haben;
- eine höhere Elaboration ihres moralischen Urteilsvermögens im Sinne höherer Stufen der moralischen Entwicklung nach Kohlberg (1978) erreicht haben;
- eine generalisierte soziale Einsatzbereitschaft für die Gestaltung der eigenen Lebenswelt und die der anderen zeigen.

Wären diese drei Bedingungen bei Jugendlichen mit grünen Parteipräferenzen in herausragender Weise gegeben, dann könnte man davon sprechen, dass tatsächlich ein besonders elaborierter Prozess der eigenen Identitätsbildung stattgefunden hat.

4. Datengrundlage und Erhebungsinstrumente

Die Daten, die wir im folgenden berichten, entstammen der grössten jugendpsychologischen Studie, die bisher in der Bundesrepublik durchgeführt wurde (vgl. Fend et al., 1983). Nach dem Prinzip der Vollerhebung in typischen Regionen wurden im Bundesland Hessen in zwei charakteristischen Landkreisen (Odenwald und Bergstrasse) und entsprechenden städtischen Regionen (in Frankfurt) alle Schüler des 6. Schuljahrgangs im Jahre 1979 erfasst und über 5 Jahre hinweg jährlich mit standardisierten Fragebögen befragt (etwa 2.000 Schüler jährlich). Auch Eltern und Lehrer wurden zweimal in die Erhebung einbezogen.

Die Studie stand unter dem Leitthema, Bewältigungsprozesse altersspezifischer Entwicklungsaufgaben zu untersuchen, wobei Indikatoren für die kognitive, emotionale und handlungsmässige Entwicklung des Umgangs mit der eigenen Person, des Umgangs mit anderen und der Auseinandersetzung mit dem Politikbereich erhoben wurden. Der Variablenplan für den Politikbereich erfasst als *dispositionale Grundlagen* politischer Sozialisation: politische Kompetenzen, Kompetenzbewusstsein, Interesse und Engagement; als manifeste *politische Meinungen*: Identifikation mit dem Staat und mit gesellschaftlichen Leitbildern, Parteipräferenzen, Protestbereitschaften, Sympathien für Jugendgruppen, Zukunftsangst, Jugendzentrismus und latenter Rechtsradikalismus; und als politische *Bezugsgruppenorientierungen*: Fragen zur Kenntnis und zur Bedeutung der politischen Orientierung von Eltern, Lehrern und Gleichaltrigen. Die Erhebungsanlage ermöglicht uns, die Entstehung von Parteipräferenzen zwischen dem 15. und 17. Lebensjahr auf dem Hintergrund allgemeiner Entwicklungsprozesse seit dem 12. Lebensjahr zu analysieren. Aus Platzgründen können wir hier nur über einen Ausschnitt des Datenmaterials berichten.

5. Ergebnisse

In den Jahren 1982 und 1983 (also in der 4. und 5. Erhebungswelle) wurden die Parteipräferenzen angelehnt an das in der Meinungsforschung übliche Vorgehen mit folgender Frage erhoben: "Wenn morgen Bundestagswahlen wären, und Du schon zur Wahl gehen dürftest, welche Partei würdest Du wählen ?" Die entsprechenden Ergebnisse und als Vergleichsbasis die der umliegenden Wahlen sind in Tabelle 1 enthalten.

Die Tabelle 1 zeigt, dass die Präferenzen für die Grünen bei unseren Jugendlichen noch ausgeprägter sind, als in der amtlichen Repräsentativerhebung bei den 18-25jährigen Jungwählern. Ferner fand von 1982 nach 1983 ein Rückgang der Stimmenanteile für die Grünen statt, der sich auch bei den hier befragten Jugendlichen widerspiegelt. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf eine Abwanderung eines Teils der Jugendlichen mit "grünen" Parteipräferenzen zur SPD zurückzuführen.

Wir wollen hier keine Wahlanalyse betreiben, müssen aber doch zum Verständnis auf einige politische Ereignisse jener Zeit hinweisen. Im September 1982 waren Landtagswahlen in Hessen, bei denen die Mehrheitsverhältnisse so knapp ausfielen, dass eine SPD Minderheitsregierung mit themenspezifischer Tolerierung durch die Grü-

nen zustandekam. Die FDP, die bisher mit der SPD koalitiert und die Regierung gestellt hatte, schaffte den Sprung über die 5 %-Hürde nicht mehr, nachdem sie schon vorher das Bündnis mit der SPD aufgekündigt hatte. Schon vor diesen Wahlen war klar, dass die FDP auch auf Bundesebene vorhatte, zur CDU/CSU überzuwechseln. In der Tat wurde kurz nach den hessischen Landtagswahlen die Regierung unter Bundeskanzler Schmidt durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt und Neuwahlen für den Deutschen Bundestag für den 6. März 1983 ausgeschrieben. Diese Wahlen führten zu einer CDU/CSU-FDP Koalition mit Helmut Kohl als neuen Bundeskanzler, und die Grünen zogen erstmals in den Bundestag ein.

Tab. 1: Amtliche Repräsentativerhebungen in Hessen im Vergleich mit der Parteipräferenz der Jugendlichen der Konstanzer Längsschnittstudie.

	Prozentsatz mit Parteipräferenz für:					
	CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜNE	ANDERE	AUSFÄLLE
eigene Studie Mai/Juni 1982 (N=1077) 15jährige	29.9%	29.1%	3.4%	33.4%	4.2%	(41.4%) ¹⁾
amt1. Statistik ²⁾ September 1982 18-25jährige (Landtag)	35.2%	41.0%	1.9%	21.5%	0.4%	
amt1. Statistik März 1983 18-25jährige (Bundestag)	37.0%	42.4%	4.9%	15.3%	0.4%	
eigene Studie Mai/Juni 1983 (N=1090) 16jährige	35.0%	37.5%	0.6%	23.2%	3.7%	(37.1%)
amt1. Statistik September 1983 18-25jährige (Landtag)	30.7%	48.3%	5.0%	14.9%	1.1%	
eigene Studie: von denjenigen befragten Jugendlichen, die 1982 GRÜNE wählten, würden 1983 wählen: (N=275)	12.0%	27.8%	1.4%	57.4%	1.4%	(26.1%)

1) Die Ausfälle (möchten nicht wählen und verweigern die Antwort) sind nicht in der Prozentuierungsbasis für die Parteipräferenzen enthalten.

2) Amtliche Repräsentativerhebung von ca. 3% der hessischen Wahlberechtigten. Auch die Angaben zur Bundestagswahl beziehen sich lediglich auf die Befragung in Hessen.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (1983)

Das politische Klima in Hessen war vor allem gekennzeichnet durch vorangegangene scharfe Proteste gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens (Startbahn West) und schwierige Auseinandersetzungen zwischen SPD und Grünen. Am Haushalt scheiterte schliesslich die Tolerierung der SPD-Regierung durch die Grünen, so dass bereits im September 1983 erneut Landtagswahlen stattfanden. Wir möchten an dieser Stelle nur darauf hinweisen, dass unsere Befragung in einer Zeit politischen Umschwungs mit Wahlkämpfen, wogenden politischen Diskussionen in den Medien und steigender Aufmerksamkeit auf die Grünen, ohne die in Hessen nichts mehr "lief", stattfand. Ferner war bundesweit seit einiger Zeit auch die geplante Nachrüstung der NATO-Mitgliedsländer mit Atomraketen (NATO-Doppelbeschluss) - gegen die sich eine umfangreiche Protestbewegung herausbildete - in aller Munde.

Wenn, wie in Tabelle 1 ersichtlich, etwa 40 % der befragten Jugendlichen die Antwort verweigern oder angeben, sie würden nicht wählen gehen (jeweils etwa zur Hälfte), so ist zu fragen, ob dies eine Entfremdung der Jugendlichen von der parlamentarischen Demokratie widerspiegelt, oder ob es sich um solche Jugendliche handelt, deren politischer Orientierungsprozess noch wenig ausgebildet ist. Für die zweite These spricht, dass Jugendliche, die die Antwort verweigerten oder sagten, sie wollten nicht wählen, wesentlich häufiger als Jugendliche, die eine Parteipräferenz angaben, auf Fragen zum politischen Wissen mit "das verstehe ich nicht" (dies indiziert sowohl geringes Wissen als möglicherweise auch Desinteresse) und auf Fragen zu politischen Einstellungen mit "ist mir gleichgültig" antworteten. Man sollte jedenfalls nicht aus den Augen verlieren, dass die im folgenden berichteten Ergebnisse, sich auf jene 60 % der befragten Jugendlichen beziehen, die überhaupt eine Parteipräferenz äusserten.

Das soziologische Profil der Jugendlichen mit Präferenzen für die Grünen.

Die entsprechenden in der Soziologie üblichen Aufgliederungen der jugendlichen Wählerschaft nach Region, Geschlecht, Schulform und Bildung des Vaters, bestätigen die bereits bekannten Erkenntnisse, dass Grünwähler in städtischen Regionen stärker vertreten sind, dass sie im Gymnasium überrepräsentiert sind und eher aus der (oberen) Mittelschicht stammen (vgl. z.B. Langguth, 1984). Ein Ergebnis ist allerdings bemerkenswert: Der grössere Anteil von Parteipräferenzen für die Grünen unter den Mädchen. Dies bestätigt einen Trend, der sich auch in den amtlichen Repräsentativerhebungen bei den Hessischen Wahlen zeigte (vgl. Hessi-

ches Statistisches Landesamt, 1983), dass nämlich in der Jugendphase der Anteil der Grünwähler unter den Frauen grösser ist als unter den Männern, während bei den über 25jährigen die Männer vorne liegen. Tabelle 2 gibt einen Ueberblick über das soziologische Profil der Jugendlichen nach ihren Parteipräferenzen.

Tab. 2: Parteipräferenz der Jugendlichen nach soziodemographischen Unterteilungen für das Jahr 1982¹⁾

Aufgliederung nach	Anzahl	Prozentsatz mit Parteipräferenz für:			
		CDU	SPD	FDP	GRÜNE
<u>Region</u>					
Stadt	382	21%	31%	3%	45%
Land	650	37%	30%	4%	29%
<u>Schultyp</u>					
Hauptschule	194	25%	47%	3%	26%
Realschule	269	35%	29%	3%	33%
Gymnasium	265	34%	20%	6%	40%
integrierte Gesamtschule	304	30%	30%	3%	38%
<u>Geschlecht</u>					
weiblich	462	28%	29%	3%	40%
männlich	547	33%	32%	4%	31%
<u>Erwerbstätigkeit des Haushaltsvorstandes</u>					
Selbständige ²⁾	111	50%	19%	5%	27%
Angestellte	392	29%	28%	4%	39%
Arbeiter	191	25%	41%	4%	30%
Beamte	67	30%	28%	3%	39%
<u>Bildung des Vaters</u>					
Hauptschule	308	29%	33%	6%	32%
Realschule	216	40%	22%	2%	36%
Gymnasium	102	30%	23%	2%	45%
Universität	68	34%	21%	9%	37%

1) Für 1983 ergeben sich von der Struktur her ähnliche Ergebnisse.

2) Der hohe Anteil von Selbständigen liegt hauptsächlich daran, daß in unserer Stichprobe ländliche Regionen mit selbständigen Landwirten überrepräsentiert sind.

Tab. 3: Politische Orientierungen von Jugendlichen aufgegliedert nach ihrer Parteipräferenz 1982

		Jugendliche mit Parteipräferenzen für:		
		CDU	SPD	GRÖNE
Anzahl:		322	313	358
von diesen Jugendlichen antworteten auf die hier aufgeführten Fragen mit:				
1. Krisendefinitionen				
Technik und Chemie werden die Umwelt zerstören	bestimmt & wahrscheinlich (4) *	64%	67%	84%
Die Welt wird in einem Atomkrieg untergehen	bestimmt & wahrscheinlich (4)	34%	46%	62%
In unserem Staat ist alles sehr gut geregelt	stimmt gar nicht & stimmt wenig (5)	22%	19%	35%
In unserem Staat geht alles völlig gerecht zu	stimmt gar nicht & stimmt wenig (5)	32%	29%	54%
Die Bezahlung richtet sich in unserer Gesellschaft genau nach der Leistung	falsch & eher falsch (5)	35%	32%	51%
2. Politische Ziele				
In diesen schwierigen Zeiten brauchen wir unbedingt wieder eine starke politische Hand	meine ich nicht (2)	34%	41%	53%
Durchsetzung der vollen Gleichberechtigung der Frau im Beruf	unterstütze ich voll (5)	30%	37%	49%
Verwirklichung der vollen Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb	unterstütze ich voll (5)	21%	36%	40%
3. Nähe zum grünen Handlungsangebot				
Im Rahmen der sogenannten Friedensbewegung kam es in jüngerer Zeit zu Demonstrationen und Protestaktionen gegen die Erhöhung der westlichen Rüstungsausgaben und gegen die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen in Deutschland	halte ich für richtig und könnte mir vorstellen, daran teilzunehmen (5)	16%	21%	65%
In letzter Zeit kommt es häufig zu Protestaktionen von Bürgern gegen den Bau neuer Atomkraftwerke	wie oben	21%	25%	67%
Gruppensympathien: es finden	eher sympathisch (3)			
-Bundeswehrfans		40%	25%	10%
-Hausbesetzer/Instandbesetzer		19%	27%	63%
-Gruppen mit alternativer Lebensweise		27%	29%	70%
-Jungsozialisten		5%	17%	13%
-Junge Union		33%	5%	6%

* in Klammer ist jeweils die Gesamtzahl der vorgegebenen Antwortkategorien angegeben.

Nach diesen Vorüberlegungen wollen wir uns der Ueberprüfung unserer Thesen zuwenden.

Geht mit der Parteipräferenz für die Grünen die Uebernahme eines entsprechenden Sinnangebots einher ?

Zur These, dass mit der Entwicklung von Parteipräferenzen für die Grünen auch die Uebernahme eines entsprechenden Sinnangebots, insbesondere eine krisenhafte Interpretation des gesellschaftlichen status quo und der gesellschaftlichen Zukunft, "grüne" Gesellschaftsentwürfe und Nähe zu den oben skizzierten Handlungsangeboten, einhergeht, haben wir in Tabelle 3 ausgewählte Indikatoren aus Skalen zum Vertrauen in Staat und Gesellschaft, zum Glauben an das Leistungsprinzip, zur Zukunftsangst, zur Protestbereitschaft und zur Sympathie für gesellschaftliche Gruppen zusammengestellt.

Die Ergebnisse sprechen hier eine eindeutige Sprache: Jugendliche mit Parteipräferenzen für die Grünen zeichnen sich gegenüber Anhängern anderer Parteien durch grösseren Pessimismus über die künftige gesellschaftliche Entwicklung und durch grössere Skepsis gegenüber der Verwirklichung von Gerechtigkeit und Leistungsprinzip in unserer Gesellschaft (Kriseninterpretation) aus. Sie zeichnen sich ferner aus durch eine stärkere Ablehnung rechter politischer Vorstellungen und eine Nähe zu Mitbestimmungs- und Gleichberechtigungskonzepten (politische Ziele). Schliesslich zeigt sich ihre Nähe zu "grünen" Handlungsangeboten in ihrer wesentlich höheren Protestbereitschaft und in ihrer Sympathie für die grüne Basis. Auch im persönlichen Lebensentwurf haben Jugendliche mit Parteipräferenz für die Grünen eine andere Lebensperspektive. Als Modell der Aufgabenverteilung zwischen Mann und Frau lehnen sie ein "Frau soll sich ausschliesslich Kindern und Haushalt widmen"-Prinzip stärker ab und präferieren stärker ein partnerschaftliches Modell (und zwar sowohl Mädchen als auch Jungen). Die Ergebnisse, die sich in ihrer Struktur im übrigen auch innerhalb der in Tabelle 2 aufgeführten soziodemographischen Untergruppen zeigen, deuten in der Tat darauf hin, dass Parteipräferenzen auch in entsprechenden Weltanschauungen verankert sind. Auf dieser Grundlage ist es auch sinnvoll, der anderen oben skizzierten These nachzugehen.

Parteipräferenzen für die Grünen: Ein Indiz für eine besonders elaborierte Identitätsbildung ?

Der These, dass sich Jugendliche mit Präferenzen für die Grünen durch eine besonders elaborierte Identitätsbildung im Sinne höherer kognitiver Kompetenz, höherem moralischen Urteilsniveau und höherer sozialer Einsatzbereitschaft auszeichnen, wollen

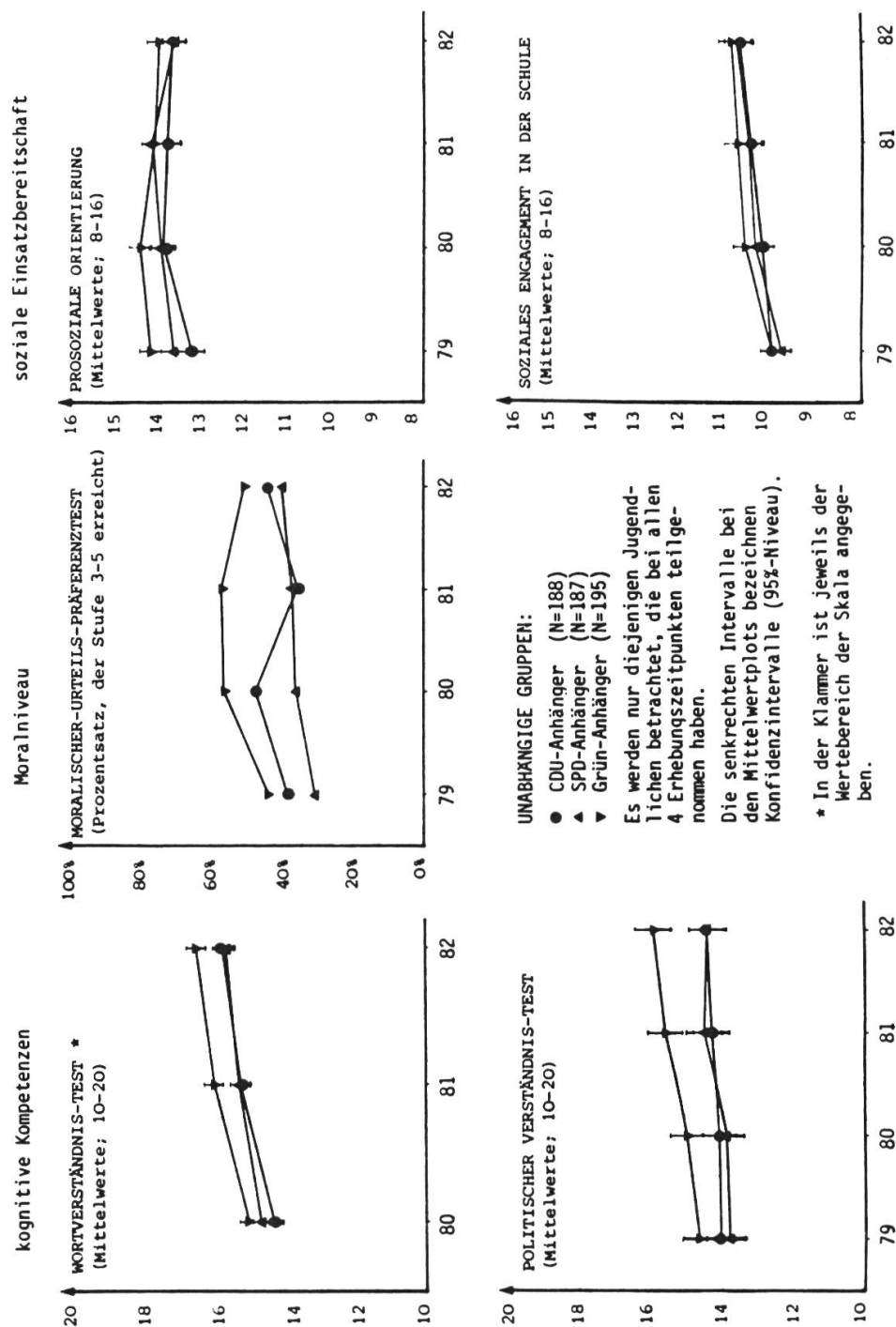
wir nun nachgehen. Dabei wählen wir als Darstellungsverfahren die graphische Präsentation des Entwicklungsverlaufes (von 1979 nach 1982) getrennt nach der Parteipräferenz auf Skalen, die als Indikatoren für die oben genannten drei Bereiche gelten können, nämlich:

- Die Kurzform eines politischen Verständnistests, der von Torney et al. (1975) für die IEA-Studie entwickelt wurde. Enthält 6 Einzelfragen zur Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie.
- Ein Wortverständnistest, der ebenfalls auf Torney et al. (1975) zurückgeht.
- Ein auf Kohlberg (1978) basierendes Fragebogeninstrument zur Bestimmung des moralischen Urteilsniveaus, der Moralische Urteils-Präferenztest (MUP) von Briechle (1983).
- Eine Skala zur Erfassung prosozialer Verhaltensmodelle (Einsatzbereitschaft für Mitschüler) im Schulalltag.
- Eine Skala zur Erfassung tatsächlichen sozialen Engagements in der Schule.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklungsverläufe zwischen 1979 und 1982 auf den geschilderten Tests und Skalen getrennt nach der Parteipräferenz, die die Schüler im Jahr 1982 angaben.

Es zeigt sich, dass Jugendliche mit Präferenzen für die Grünen unserer Annahme entsprechend ein höheres kognitives und moralisches Niveau haben; die Unterschiede lassen sich bis ins 12. Lebensjahr zurückverfolgen. Dabei liegt die Vermutung nahe, dass dieses Ergebnis durch die Ueberrepräsentation der Gymnasiasten bei den Grünen zustandegekommen ist. Es könnte sich dann zwar immer noch um einen Effekt individueller Kompetenz handeln, da aufgrund von Selektionsprozessen Schultypen mit Kompetenzen kovariieren; es könnte sich aber auch um einen Kontexteffekt der unterschiedlichen Sozialsysteme der einzelnen Schultypen handeln. Eine - hier aus Platzgründen nicht präsentierte - Aufgliederung nach Schultypen zeigt in der Tat, dass das Wortverständnis, das politische Verständnis und das moralische Urteilsniveau in den Schultypen in der Reihenfolge Hauptschule, Realschule, Gymnasium steigt, und dass sich *innerhalb dieser* Schultypen der Abstand zwischen Schülern mit Präferenzen für verschiedene Parteien verliert. Anders ist jedoch das Bild in den integrierten Gesamtschulen (in denen die Kompetenzen über einen breiten Bereich streuen): Hier ergibt sich in den genannten Variablen wieder ein deutlich (und signifikant) höheres Niveau bei den Grün-Anhängern. Dieses Ergebnismuster legt nahe, dass es sich vermutlich um Kompetenz-

Abb.1 : Entwicklungsverläufe von Schülern nach ihren Parteipräferenzen auf Indikatoren für kognitive Kompetenzen, Moralniveau und sozialer Einsatzbereitschaft



effekte handelt und nicht um Kontexteffekte unterschiedlicher mit Schulform kovariierender Sozialsysteme.

Insgesamt gesehen ergibt sich somit eine gewisse Stützung der These einer besonders elaborierten Identitätsbildung, zumindest was das kognitive und moralische Niveau angeht. Die Unterschiede zwischen den Jugendlichen mit unterschiedlichen Parteipräferenzen sind in diesem Bereich jedoch lange nicht so dramatisch (siehe Tab. 3), wie im Bereich manifester politischer Orientierungen. Eine Verankerung grüner Präferenzen in besonderem prosozialem Denken und sozialem Engagement lässt sich aber zumindest für den Schulbereich nicht nachweisen. Die oben skizzierte These von Döbert & Nunner-Winkler (1975) findet eine gewisse Unterstützung, wenn man sich vor Augen hält, dass "grüne" Jugendliche sich durch höheres moralisches Urteilsniveau und höhere Kompetenzen bei gleichzeitig hoher Skepsis gegenüber der Verwirklichung des Leistungsprinzips und der Gerechtigkeit in unserem Staat von anderen abheben (vgl. die entsprechenden Items in Tab.3).

6. Diskussion

Die Ergebnisse machen deutlich, dass bei denjenigen Jugendlichen, die bereits Parteipräferenzen entwickelt haben, eine hohe Verankerung der Parteipräferenz in manifesten politischen Orientierungen vorhanden ist. Sie zeigen aber auch, dass sich die hier befragten 15-16jährigen noch im Stadium der Herausbildung einer politischen Orientierung befinden; denn zum einen gaben 40 % der befragten Jugendlichen ihre Parteipräferenz nicht an, wobei nach unseren Analysen hauptsächlich politisches Desinteresse und Orientierungslosigkeit der Verweigerungsgrund gewesen sein dürfte. Zum andern zeigen die Fluktuationen in den Parteipräferenzen zwischen 1982 und 1983 (besonders von den Grünen zur SPD), dass von einer stabilen Parteiidentifikation vor allem bei den Jugendlichen mit Präferenzen für die Grünen keine Rede sein kann.

Dies deutet darauf hin, dass die Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bewegung bleiben könnte, da das für die Grünen so wichtige nachwachsende jugendliche Wählerpotential ihnen nicht automatisch zufließen wird. Nachdem inzwischen weitgehender Konsens darüber besteht, dass die Umwelt bedroht ist, und dass Frieden aktiv geschaffen und erhalten werden muss, wird es vermutlich darauf ankommen, ob die Grünen überzeugendere Lösungen für die Probleme, die sie anprangern, entwickeln, öffentlich bewusst machen und durchsetzen können als die an-

deren Parteien. Unsere Ergebnisse deuten an, dass auch bei einem grossen Teil derjenigen Jugendlichen, die CDU oder SPD wählen würden, ein Krisenbewusstsein etabliert ist, dass sich dieser Teil aber dadurch von den Grün-Anhängern abhebt, dass er die politischen und sozialen Verhaltensstile der den Grünen nahestehenden Protestbewegungen nicht so stark akzeptiert. Auch für die Grünen liegt hier ein Dilemma vor. Durch stärkere Distanz zu den Protestbewegungen könnten sie unter Umständen bei eher konventionell orientierten Jugendlichen neue Wähler hinzugewinnen, aber gleichzeitig auch die engagierten Protestwähler verlieren und an Glaubwürdigkeit einbüßen. Falls die Grünen - wie bei den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen - nicht von sicheren 5 % der Stimmen ausgehen können, werden sich vermutlich auch bei ihnen die innerparteilichen Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs noch weiter verschärfen.

Insgesamt gesehen haben wir den Eindruck gewonnen, dass der fruchtbarste Ansatz zur Analyse der Entstehung von Parteipräferenzen für die Grünen sowohl die Entwicklung individueller Dispositionen (Analysekompetenz, Moralniveau, Normdistanz), als auch die Mechanismen konkreter Meinungsbildungsprozesse berücksichtigen müsste. Dies erfordert die Ausweitung der Betrachtung darauf, wie Jugendliche mit unterschiedlichen Prädispositionen Informationen und Einstellungen über Politik verarbeiten, welche Anreize auf sie wirken, sich damit auseinanderzusetzen und welche Merkmale die Interaktionssysteme auszeichnen, in denen Jugendliche aufwachsen.

Hier hatte sich gezeigt, dass die Hinwendung zu den Grünen ein Ausdruck der Distanz gegenüber den etablierten Parteien ist und auf eine mangelnde Identifikationsmöglichkeit mit dem "herrschenden politischen Betrieb" verweist. Angesichts der wahrgenommenen "Not unserer Zeit" werden die traditionellen Parteien als unglaubwürdig erlebt. Politische Bildung und politische Meinungsbildung muss also immer im Gegenüber zum politischen System und seinem Identifikationsangebot gesehen werden.

Ein solcher Ansatz, der die Merkmale des politischen "Betriebes", Prozesse der Informationsverarbeitung und Identifikation sowie Vorgänge in der Lebenswelt von Heranwachsenden berücksichtigt, wäre zukünftig weiter zu verfolgen (s. Hurrelmann, 1983). Eine Reduzierung auf nur einen dieser Bereiche als Quelle der politischen Sozialisation würde unvermeidlich zu Verkürzungen führen. Dies wäre z.B. der Fall, wenn nur mehr politische Haltungen der unmittelbaren Bezugspersonen von Jugendlichen (Eltern, Lehrer und Freunde) berücksichtigt würden. In unserer Untersuchung ergibt sich nämlich, dass etwa 60 % derjenigen Jugendlichen mit Präferenz für die Grünen, für die wir auch über

die Angaben ihrer Eltern verfügen, aus CDU- und SPD-Elternhäusern stammen. Weiterhin ist der Informationsstand der Schüler über die politische Orientierung ihrer Lehrer (verglichen mit ihrem Kenntnisstand über ihre Eltern) bemerkenswert schlecht, so dass auch hier die These der "Infizierung" von Jugendlichen mit den politischen Orientierungen ihrer Bezugspersonen problematisch ist. (Etwa 40 % kennen die Parteipräferenz desjenigen Lehrers, dem sie besonders vertrauen - 76 % jedoch die ihres Vaters -, und nur etwa 26 % davon würden die gleiche Partei wählen, wie dieser Lehrer - 46 % jedoch die gleiche Partei wie ihr Vater). Doch diesen Fragen muss im Kontext einer umfassenderen Analyse politischer Sozialisationsprozesse, wie sie der Variablenplan der Studie ermöglicht, näher nachgegangen werden.

BIBLIOGRAPHIE

- BARNES Samuel H. & KAASE Max (1979), *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*, Sage, Beverly Hills, London.
- BICKERICH Wolfram (1985), Hrsg., *SPD und Grüne. Das neue Bündnis ?* Spiegel-Verlag, Hamburg.
- BOSSEL Hartmut (1978), *Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft. Neue Werte, neue Leitbilder, 30 Szenarien*, Fischer, Frankfurt.
- BRIECHLE Ralf (1983), "Moralischer-Urteils-Präferenztest "MUP", in PREISER Siegfried, Hrsg., *Soziales Handeln im Kindes- und Jugendalter. Dokumentation von Forschungs- und Diagnoseinstrumenten*, Beltz, Weinheim, 101.
- DOEBERT Reiner & NUNNER-WINKLER Gertrud (1975), *Adoleszenzkrise und Identitätsbildung*, Suhrkamp, Frankfurt.
- DREHER Eva & DREHER Michael (1984), *Entwicklungsaufgaben im Jugendalter*. Manuskript, Universität München, Lehrstuhl für Entwicklungspsychologie und pädagogische Psychologie.
- ERIKSON Eric H. (1966), *Identität und Lebenszyklus*, Suhrkamp, Frankfurt.
- FEND Helmut (1980), *Theorie der Schule*, Urban & Schwarzenberg, München.
- FEND Helmut, NAGL Willi, BRIECHLE Ralf, LAUTERBACH Ursula, RICHTER Paul & GSCHING Silke (1983), *Anträge und Arbeitsberichte des Projektes "Entwicklung im Jugendalter" (Sozialisation von Selbstkompetenz und Sozialkompetenz). Eine Längsschnittuntersuchung an 12-16jährigen Jugendlichen*, Konstanz.
- GRIESSHAMMER Reiner (1984), *Der Oeko-Knigge*, Rowohlt, Reinbek.
- GUGGENBERGER Bernd (1980), *Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Von der Ökologiebewegung zur Umweltpartei*, Kohlhammer, Stuttgart.
- HAVIGHURST Robert J. (1972), *Developmental tasks and education*, McKay, New York.
- HEGNER Friedhart (1980), "Historisch gesellschaftliche Entstehungsbedingungen und politisch-soziale Funktionen von Bürgerinitiativen", in

- HAUFF Volker, Hrsg., Bürgerinitiativen in der Gesellschaft, Neckar-Verlag, Villingen, 11-118.
- HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (1983), Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung der Männer und Frauen nach Altersgruppen bei der Landtagswahl 1983 in Hessen. Berichte B VII 2-83/7, Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden.
- HURRELMANN Klaus (1983), "Das Modell des produktiv realitätsverarbeitenden Subjekts in der Sozialisationsforschung", Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 91-104.
- JUGENDWERK DER DEUTSCHEN SHELL (1982), Hrsg., Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder, Leske & Budrich, Opladen.
- KLUGE Thomas (1984), Hrsg., Grüne Politik. Der Stand einer Auseinandersetzung, Fischer, Frankfurt.
- KOHLBERG Lawrence (1978), "The cognitive-developmental approach to moral education", in SCHARF Peter, Ed., Readings in moral education, Winston, Minneapolis, 36-51.
- LANGGUTH Gerd (1984), Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei ?, Interfrom, Zürich.
- MAYER-TASCH Peter C. (1981), Die Bürgerinitiativbewegung, Rowohlt, Reinbek.
- MUELLER-ROMMEL Ferdinand (1984), "Die Grünen im Lichte von neuesten Ergebnissen der Wahlforschung", in KLUGE Thomas, Hrsg., Grüne Politik. Der Stand einer Auseinandersetzung, Fischer, Frankfurt, 125-141.
- RAMMSTEDT Otthein (1978), Soziale Bewegung, Suhrkamp, Frankfurt.
- RUCHT Dieter (1982), Planung und Partizipation. Bürgerinitiativen als Reaktion und Herausforderung politisch administrativer Planung, Tuduv, München.
- DER SPIEGEL (1982), Sieg der CDU, Tod der FDP ? Spiegel-Umfrage zur politischen Situation in Hessen vor der Landtagswahl, Der Spiegel, 34/82, 33-44.
- SPRANGER Eduard (1963), Psychologie des Jugendalters, Quelle & Meyer, Heidelberg.
- TORNEY Judith V., OPPENHEIM A.N. & FARNEN Russell F. (1975), Civic Education in Ten Countries. An Empirical Study, Almqvist & Wicksell, Stockholm.